

7 Keine Abschiebungen ins Elend – Wintererlass für Roma aus den ehemaligen jugoslawischen Staaten

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3248

In Verbindung mit:

Für eine Bleiberechtsregelung, die ihren Namen verdient

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3249

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3316

Und:

Kein arabischer Frühling in Syrien – Rücknahmeüberabkommen aussetzen!

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/3254

Serdar Yüksel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Golland, das, was Sie gerade von sich gegeben haben, war wirklich unterirdisch.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie in der Flüchtlingspolitik einmal die Gelegenheit genutzt hätten, mit der Caritas, der Diakonie, den Verantwortlichen, die seit vielen Jahren Flüchtlingspolitik in diesem Land machen, zu sprechen, dann hätten Sie nicht solch eine Rede gehalten, wie Sie sie gerade gehalten haben. Sie ging an den Tatsachen vorbei. Ich finde, sie war stilistisch auch in einer Art und Weise vorgetragen, dass man sich wirklich gefragt hat, ob da bei Ihnen nicht grundsätzliche Probleme bei diesem Thema bestehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir haben heute drei Themenkomplexe zu beraten. Zum arabischen Frühling und der Aussetzung des Rückübernahmeabkommens möchte ich zuerst etwas sagen.

Herr Golland, es ist natürlich immer einfach, in Nordrhein-Westfalen vom Wohnort her für die Demokratisierung zu sein, für den Aufstand zu sein und in Syrien für Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit auch einzustehen. Wir unterstützen das immer. Wenn es aber im Rahmen dieser Konflikte und der kriegerischen Auseinandersetzung im Inneren Syriens – anders kann man das nicht kennzeichnen – zu einer Flüchtlingsbewegung kommt, dann sagen Sie: Wir wollen im Grunde genommen damit nichts zu tun haben.

Wer auf der einen Seite die Demokratie unterstützt, muss auf der anderen Seite auch bereit sein, wenn es zu Flüchtlingsströmen kommt, die Menschen auch in unserem Land aufzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur Klarheit und Wahrheit gehört auch, dass wir den Menschen, die hier in Nordrhein-Westfalen leben und die Angst vor Rückführung in ihr Land Syrien haben, eine Sicherheit geben und eine Rechtsgrundlage schaffen, dass sie dauerhaft nicht abgeschoben werden.

Ich gestehe zu, dass im Jahre 2009, als das Rückübernahmeabkommen mit Syrien geschlossen worden ist, deutlich war, dass es sich nicht um einen glasklaren demokratischen Staat und mit Assad nicht um einen glasklaren Demokraten handelt. Nichtsdestotrotz hat sich in der Zwischenzeit, in den letzten zwei Jahren in Syrien Erhebliches getan: Dreieinhalbtausend Tote, 8.000 Verhaftete und Tausende Verschwundene, von denen wir nicht wissen, was mit ihnen passiert ist, zeugen im Grunde von dieser verbrecherischen Politik in Syrien, die Tag für Tag anhält und von Tag zu Tag auch schlimmer wird.

Das heißt: Wenn wir auf der einen Seite für die weltweite Demokratie Verantwortung übernehmen, dann gebietet es sich auf der anderen Seite auch, Verantwortung für die Flüchtlinge hier zu übernehmen.

Aus meiner Sicht ist es nur konsequent, wenn wir die Landesregierung auffordern, auf die Bundesregierung hinzuwirken, dass nicht nur das Rückübernahmeabkommen mit Syrien aufgrund der öffentlichen Ordnung zurückgenommen wird, sondern dass das Abkommen auch, wie in Art. 11 des Vertrages vorgesehen, durch Notifikation suspendiert wird. 1.500 Menschen aus Syrien schauen gerade darauf, was wir hier diskutieren.

Ein anderer Aspekt, der uns die Abschiebung nach Syrien deutlich erschwert, ist die Tatsache, dass im syrischen Strafgesetzbuch alleine die Asylantragstellung hier in Deutschland schon unter Landesverrat fällt. Das heißt, diejenigen, die hier Asyl beantragt haben, werden bei ihrer Rückkehr – dafür gibt es viele Belege – vor Gericht gestellt und abgeurteilt, und zwar wegen Landesverrates, weil sie bei dem Asylbegehren in Deutschland ihr Land sozusagen schlechtgemacht und gesagt haben, dass sie in Syrien politischer Verfolgung ausgesetzt gewesen seien. Das zeigt, welche rechtlichen, für uns nicht fassbaren Bestimmungen in Syrien neben den bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die es da gibt, noch herrschen.

Man muss deshalb sagen: Wir schieben niemanden nach Syrien ab. Das muss in Zukunft auch so bleiben. Ich bin, wie gesagt, dafür, eine Notifikation vorzunehmen, das Rückübernahmeabkommen mit Syrien gänzlich auszusetzen und nicht zu sagen: Wenn der Zustand des Jahres 2009 wieder erreicht ist, fangen wir wieder damit an, abzuschieben.

Keine Abschiebung ins Elend für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien! – Auch mit diesem Antrag der Linkspartei haben wir es zu tun. Herr Atalan, ich kann Sie beruhigen, dass weder Grüne noch SPD den Ansporn der Linken brauchen, um in der Flüchtlingspolitik voranzugehen. Diese Regierung steht für einen anderen Umgang in der Flüchtlingspolitik. Gerade Sozialdemokraten haben in den letzten Jahrzehnten durch eigene Biografien hinlänglich bewiesen, dass sie hier glaubwürdig sind. Das betrifft Persönlichkeiten wie Heinz Kühn, der hier Ministerpräsident war. Willy Brandt, der Bundeskanzler war, musste selbst ins Ausland flüchten. Deshalb haben wir weder Nachhilfe noch Anregungen der Linkspartei nötig, um in dieser Frage für glaubwürdige Politik zu stehen.

(Beifall von der SPD)

Wir hatten im letzten Jahr einen Wintererlass, den ich für wichtig gehalten habe. Jetzt muss man sich fragen: Was ist in der Zwischenzeit anders geworden, was ist nicht anders geworden? Müssen wir in diesem Jahr auch einen Wintererlass machen? In der Zwischenzeit werden über das URA-2-Projekt mit Geldern aus Nordrhein-Westfalen auch Rückkehrer im Kosovo betreut. Ich habe mir von denen, die im Kosovo waren, sagen lassen, dass es tatsächlich eine Infrastruktur gibt, um Flüchtlinge für eine gewisse Zeit auch zu betreuen.

Nachdem wir uns die aktuellen Geschehnisse im Kosovo angeschaut und viele Gespräche und Veranstaltungen mit Flüchtlingsorganisationen und dem Flüchtlingsrat geführt haben, kommen wir zu dem Schluss: Im Kosovo kann auf jeden Fall nicht von einer Situation gesprochen werden, in die weder im Winter noch außerhalb des Winters abgeschoben werden darf.

Wir haben es mit einer verschärften Sicherheitslage im Kosovo zu tun. Sie wissen, dass die KFOR ihre Truppen im Moment nicht aus dem Kosovo abzieht, die NATO im Moment sogar erwägt, die Truppen insbesondere im Grenzgebiet zu Serbien aufzustocken. Das heißt, wir haben es mit einer fragilen Sicherheitslage im Kosovo zu tun.

Wir haben es mit der Situation zu tun, dass der regierende Premierminister Hashim Thaci früher UCK-Kommandeur war und durch einen Bericht der EU-Kommission schwerster Menschenrechtsverbrechen und individueller Verbrechen bezichtigt wird. Ich nenne nur das Stichwort Organhandel; daneben gibt es viele andere Dinge, die im Kosovo unter seiner Verantwortung passiert sind.

Nach unseren nordrhein-westfälischen Maßstäben kann im Kosovo nicht von rechtsstaatlichen oder demokratischen Strukturen die Rede sein. Alle diejenigen, die dort unterwegs sind – auch mein Kollege „Felix“ von Grünberg hatte sich die Situation vor Ort im Kosovo angeschaut –, und auch diejenigen, die in den Flüchtlingsorganisationen aktiv sind, sagen,

dass sich die Situation im Kosovo anders darstellt, als sie bei dem Besuch in Mitrowica gesehen worden ist. Und das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Deshalb, Herr Innenminister, bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie in einem kurzfristig anberaumten Treffen mit dem Flüchtlingsrat auf diese Fragen eingehen werden und Ihre Unterstützung zugesagt haben, nach Prüfung und nach Gesprächen mit dem Flüchtlingsrat gegebenenfalls zu einem Wintererlass zu kommen. Die Unterstützung der SPD-Fraktion haben Sie in der Angelegenheit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe es gesagt: Bei einem Wintererlass geht es darum, ob die Situation im Winter eine andere ist als im Sommer. Wir kommen zu dem Schluss: Ja, weil – abgesehen von den Wohnverhältnissen derjenigen, die wir in Mitrowica auffangen – dort Zustände herrschen, wo Menschen zum Teil zu siebt oder acht in garagenähnlichen Baracken hausen müssen. Wir haben es vom letzten Jahr noch gut in Erinnerung, wie der Winter hier in Deutschland war und wir mit Zentralheizung schon Probleme hatten, den Winter zu überstehen. Deshalb, meine ich, sollten wir nach eingehender Prüfung nach den Gesprächen zu dem Ergebnis kommen, dass wir im Winter aus winterspezifischen Gründen die Leute nicht dorthin abschieben.

Wenn man ganz ehrlich ist, muss man sagen, dass die Situation im Kosovo auch außerhalb des Winters nicht so ist, dass wir die Menschen dorthin abschieben dürfen. Deshalb bin ich Ihnen auch dankbar, dass wir uns – wie im Entschließungsantrag formuliert – als Nordrhein-Westfalen, als A-Länder, für eine neue Bleiberechtsregelung einsetzen.

Nur zu Ihrer Information, Herr Golland: Diese Bleiberechtsregelung, die Sie genannt haben, läuft am Ende des Jahres aus. Deshalb müssen wir Neuregelungen erreichen. In den Jahren 2006, 2007, 2008 und auch 2009 hatten wir Regelungen, die Fristenregelungen.

Der Entschließungsantrag geht weit, weil wir darin keine Fristenlösungen vorschlagen. Die Fristenlösungen haben viele große Ungerechtigkeiten geschaffen. Deshalb sind die Fristenlösungen diesmal in unserem Entschließungsantrag nicht enthalten.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Herr Atalan, warum können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen? – Ich glaube, es hat nicht nur etwas mit Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft zu tun, dass man für Flüchtlingspolitik auch die Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft braucht, sondern es hat mit dem Bild von uns Sozialdemokraten zu tun, dass wir sagen: Wenn jemand seit vielen Jahren als Flüchtling in Deutschland ist, dann möchten wir, dass er selbstermächtigt sein Leben in die Hand nehmen und arbeiten gehen kann, um für seinen Lebensunterhalt zu sorgen.

Es entspricht nicht unserem Menschenbild, zu sagen: Ihr seid hier, und wir schieben euch in die Transferabhängigkeit, und für euch interessiert sich da niemand mehr.

Das heißt: Auch für diese Flüchtlinge müssen wir eine Willkommenskultur schaffen, indem wir ihnen die Möglichkeit einräumen, zu arbeiten und von ihrer Hände Arbeit leben zu können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist gegenüber der Mehrheitsgesellschaft eine Verpflichtung. Aber auch unser Menschenbild ist nicht so, dass wir sagen, dass derjenige, der Transferleistungen bekommt, derjenige ist, der zufrieden in der Ecke sitzt. Wir möchten jeden ermächtigen, einer Arbeit nachzugehen und von dieser Arbeit leben zu können. Das gilt auch für Flüchtlinge.

Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil Sie sagen, dass jenseits von Transferabhängigkeit eine Bleiberechtsregelung möglich sein muss.

Natürlich – das gestehe ich absolut zu – gibt es Alte, Kranke und Traumatisierte, für die wir Härtefallregelungen brauchen. Aber generell gilt: Wer sein Leben hier gestalten will, muss auch partizipieren können. Das geht aus unserer Sicht nur mit eigener persönlicher Anstrengung und Arbeit.

Ich denke, dass wir in Nordrhein-Westfalen in diesem Sinne in der Flüchtlingspolitik weiter auf einem guten Weg sind. Es wird aber ohne die Hilfe der anderen Bundesländer und der Bundesregierung nicht gehen.

Meine Bitte an die FDP und an die CDU wäre, sich dafür einzusetzen, die neuen Bleiberechtsregelungen – anstelle der alten, auslaufenden Regelungen zu schaffenden – so auszugestalten, dass sie ab dem Jahre 2012 zu einer gerechteren Flüchtlingspolitik führen, so dass wir Menschen, die vor vielen Jahren nach Deutschland gekommen sind, deren Kinder zum Teil hier geboren und aufgewachsen sind, nicht sozusagen aus dem Land jagen. Wir bekommen es im Petitionsausschuss immer wieder mit, dass Kinder, die vor 18, 19, 20, 21 Jahren hier geboren sind, hier einen Schulabschluss gemacht haben, vor dem Studium oder vor einer Ausbildung stehen, abgeschoben werden. Diese Menschen können wir nicht abschieben und am Sonntag dann erzählen, wir brauchen Fachkräfte. Diese Frage müssen wir glaubwürdig beantworten.